

# Ein Vermittler rechnet mit der Regierung ab!

ps. München  
Thomas Heinle schlägt Alarm. Der 39 Jahre alte Arbeitsvermittler befürchtet einen gigantischen Missbrauch mit den Vermittlungsgutscheinen. „Das kann in die Milliarden gehen.“

Heinle kennt sich aus: Seit einem Jahr besorgt er in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt München Langzeitarbeitslosen neue Jobs. Im Januar gründete er den Deutschen Vermittlungscoachverband

(tz berichtete). Trüme Heinle damals noch von der Freigabe privater Vermittlungstätigkeit, so ist ihm das neue Gesetz ein Graus. „Damit werden nur Geier gezeugt und genährt“, sagt er. Das einzige, das sie bräuchten, seien eine gehörige Portion Kaltschnäuzigkeit und 30 Euro für einen Gewerbeschein.

Heinle hat zwei Beispiele konstruiert: Die Ehefrau eines Arbeitslosen meldet ein Gewerbe als private Arbeitsvermittlerin an. Findet ihr Mann, wie auch immer, eine neue Tätigkeit, tritt sie als Vermittlerin auf – und kassiert zwischen 1500

und 2500 Euro Provision. Beispiel zwei: Eine Firma gründet eine Tochter-GmbH, über die alle Neueinstellungen laufen. Eingestellt werden nur Personen, die mindestens drei Monate arbeitslos waren. Die GmbH kassiert als Vermittlerin.



Thomas Heinle

„Es gibt bei diesem Gesetz nur Mitnahme-Effekte“, sagt Heinle. Wer clever ist, könne am Tag locker 15000 Euro machen. Und: Gerade Langzeitarbeitslose würden auf der Strecke bleiben, da deren Beratung und Vermittlung für die privaten Anbieter viel zu aufwändig sei.

Heinle will das Gesetz jetzt ad absurdum führen. Einer der von ihm und den Kollegen betreuten 120 Arbeitslosen werde sich einen Gewerbeschein besorgen. „Er wird auf der Lauer liegen und bei jeder Vermittlung, die sich anbietet, mit dem Arbeitgeber Kontakt aufnehmen und sich als Vermittler einschalten.“ Dann gibt's Geld für ihn und die vertraglich vereinbarte Provision für den Vermittlungscoachverband.

Heinle: „Man glaubt es kaum.“